

Anfragen zum Plenum in der 11. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

Nachdem es regelmäßig Bürgeranfragen über eine offensichtlich zu schwache Einsatzstärke im Zuständigkeitsbereich der Dienststelle der Bundespolizei am Landshuter Hauptbahnhof gibt, frage ich die Staatsregierung, ob sie darüber informiert ist, dass die Dienststelle der Bundespolizei zumeist nur mit zwei Polizeibeamten besetzt ist, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger am Bahnhof und in den Zügen zu gewährleisten, hat die Staatsregierung vor, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass das Personal der Bundespolizei am Landshuter Bahnhof aufgestockt wird, besonders im Hinblick darauf, dass die Bundespolizei am Hauptbahnhof bei fast allen Einsätzen mit körperlicher Gewalt oder Ähnlichem Verstärkung von der Landespolizei in der Landshuter Innenstadt holen muss, und welche Informationen hat die Staatsregierung über die weitere Personalentwicklung der Bundespolizei in Landshut, auch vor dem Hintergrund der Pensionierungen der nächsten Jahre?

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
(FREIE WÄHLER)

Nachdem bis zu 70 Prozent der schwangeren Frauen eine Schwangerschaft abbrechen, weil die Hartz IV-Mittel nicht für geeignete Verhütungsmittel reichen, frage ich die Staatsregierung, welche Maßnahmen sind bayernweit geplant, um die Hilfsangebote, die manche Kommunen für finanziell schwache Frauen zum Erwerb von Verhütungsmitteln bereitstellen, zu unterstützen, sieht die Staatsregierung eine bayernweit einheitliche Lösung für die betroffenen Frauen grundsätzlich vor und sind diese dringend erforderlichen sozialpolitischen Maßnahmen in nächster Zukunft geplant?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Fläche (in ha) der bayerischen Moore vom Jahr 2000 bis heute entwickelt, wie viele Moore wurden im Rahmen des Klimaprogramms (KLIP) 2020 bis März 2016 vollständig oder teilweise renaturiert (bitte jeweils getrennt auflisten) und welchen Anteil hat die Fläche dieser renaturierten oder in Renaturierung befindlichen Moore an der Gesamtfläche der bayerischen Moore Stand heute?

Dr. Hans Jürgen Fahn
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, unterstützt sie eine mögliche Gründung eines Vereins zur Förderung des Frankenweins in Bayern (analog dem Landesverband der Pfälzer in Bayern) und speziell in München und welche weiteren Möglichkeiten (außer der geplanten Weinprobierstube in München) und Instrumente sieht die Staatsregierung, den Bekanntheitsgrad des Frankenweins noch zu steigern bzw. ist es nach ihrer Auffassung sinnvoll und notwendig, noch weitere Weinprobierstuben in bayerischen Großstädten zu planen?

Günther Felbinger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wieso wurden die Schulleiterstellen der Staatlichen Fachoberschule und Berufsoberschule Bad Neustadt und der Staatliche Berufsfachschule für Holzbildhauer, Bischofsheim in der Rhön, im Zuge des Ausscheidens der ehemaligen Schulleiter nicht neu besetzt, sondern stattdessen Schulleitern aus anderen Schulen die zusätzlichen Aufgaben als Schulleiter übertragen, wird diese Entwicklung, dass Schulleiterinnen und -leiter zwei Schulen führen müssen und so einer Doppelbelastung ausgesetzt sind, neuerdings im Freistaat Bayern verstärkt ausgebaut und welche Unterstützung erhalten die beiden Schulleiter in Bad Neustadt zusätzlich zur Bewältigung der doppelten Schulleitung seitens der Staatsregierung?

Markus Ganserer
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, warum ist die Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH (BEG) an der Bayern Tourismus Marketing GmbH beteiligt, nachdem Gegenstand des Unternehmens BEG die Planung des Schienenpersonennahverkehrs für das gesamte Staatsgebiet des Freistaats Bayern, die Abstimmung dieser Planung mit Eisenbahninfrastrukturunternehmen, Eisenbahnverkehrsunternehmen und den Aufgabenträgern für den allgemeinen öffentlichen Personennahverkehr sowie die Bestellung von Verkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr bei Eisenbahnverkehrsunternehmen im Auftrag und nach Vorgaben des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr ist, warum werden im aktuellen Beteiligungsbericht des Freistaats Bayern 2015 die Mitglieder des Beirates der BEG bzw. der Mitglieder in den Beirat der BEG entsendenden Institutionen nicht genannt, welche Vergütung erhalten Geschäftsführung und Aufsichtsrat der BEG?

Ulrike Gote
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, mit welchen öffentlichen Mitteln in welcher Höhe die Verkehrslandeplätze Bamberg, Bayreuth und Hof derzeit unterstützt werden und wie hoch die jeweiligen Fördersummen 2014 und 2015 waren?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie die Polizeidienststellen in Unterfranken jeweils zum Stichtag 1. Januar 2016 personell ausgestattet sind (bitte differenziert nach Sollstärke, Ist-Stärke und tatsächlich verfügbarer Personalstärke) und wie viele Überstunden auf diese jeweils entfallen?

Ludwig Hartmann
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, liegt ihr die Stellungnahme der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) zur Qualität der Notkühlsysteme des Atomkraftwerks Gundremmingen vor,

aus der in der vergangenen Woche beim Jahrespressegespräch des Betreibers der Gundremminger Atomreaktoren zitiert wurde, wenn ja, seit wann hat die Staatsregierung Kenntnis vom Inhalt dieser Stellungnahme und welche Empfehlungen bzw. Konsequenzen hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit im Bezug auf die bayerische Atomaufsicht gezogen?

Johann Häusler
(FREIE WÄHLER)

Nachdem gemäß der Reform des Kommunalabgabengesetzes (KAG) im neuen Art. 5b Abs. 1 Satz 3 KAG das Nebeneinander von einmaligen und wiederkehrenden Beiträgen in der Gemeinde zulässig ist, frage ich die Staatsregierung, wie diese Regelung über die Gesetzesbegründung hinaus auszulegen ist (bitte auch die praktische Umsetzung erläutern) und ob die Kommunen frei entscheiden können, welche Straßenausbaumaßnahmen über einmalige und über wiederkehrende Beiträge finanziert werden sollen?

Dr. Leopold Herz
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, innerhalb welchen Zeitraums erfolgt die Auszahlung der Zuschüsse im Rahmen der möglichen Investitionsprogramme in der Milchviehhaltung generell bzw. nach erfolgter Genehmigung (Stallneubau mit staatlichen Zuschüssen) und muss der Landwirt die Kosten für eine eventuell notwendige Zwischenfinanzierung bis zur Auszahlung selbst übernehmen?

Christine Kamm
(GRU)

Vor dem Hintergrund der Pressemitteilung Nr. 72 der Staatskanzlei vom 8. März 2016, wonach es in enger Zusammenarbeit zwischen Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten gelungen sei, in den betroffenen Bezirken abgestimmte Verfahren zu implementieren, durch die die Strafprozesse auf ein Maximum beschleunigt würden und Festnahme, Durchführung der Hauptverhandlung, rechtskräftige Verurteilung und Überstellung in die Justizvollzugsanstalt nicht selten innerhalb von 48 Stunden erfolgten, frage ich die Staatsregierung, wer genau in die Justizvollzugsanstalten überstellt wurde (beispielsweise Asylsuchende, Schleuser oder Straftäter), in welche Justizvollzugsanstalten diese Personen konkret überstellt wurden und was die Staatsregierung unter dem Begriff der Einreisekriminalität versteht?

Nikolaus Kraus
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welches Bier wurde am Neujahrsempfang 2016 in der Residenz München ausgeschenkt, wurde dabei im Rahmen des vergaberechtlich Möglichen darauf geachtet, dass regional erzeugte Biere ausgeschenkt wurden und ist die Verwendung von regionalem Bier in den Catering-Verträgen der Staatsregierung bei staatlichen Anlässen nicht auch Vertragsbestandteil, analog dem Frankenwein?

Ulrich Leiner
(GRU)

Bezugnehmend auf meine Anfrage zum Plenum vom 2. Dezember 2015 (Drs. 17/9915) frage ich die Staatsregierung, welche Institutionen, Verbände und einzelnen Pflegefachpersonen (mit Bitte um eine detaillierte Auflistung der Interessensvertretungen und der jeweiligen Teilnehmerzahl) nehmen nun tatsächlich und nicht nur geplant an dem Gründungsprozess zur Umsetzung einer

Interessensvertretung der Pflegenden in Form einer Körperschaft des öffentlichen Rechts teil, für welche Personengruppe sind die Protokolle der Sitzungen zugänglich und was spricht gegen eine Veröffentlichung der Teilnehmerlisten und Protokolle?

Peter Meyer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie schlüsselt sich die Berechnung des Grundbudgets der Lehrerwochenstunden bei der Unterrichtsplanung für das nächste Schuljahr nach dem schulartübergreifenden Schulverwaltungsprogramm der Amtlichen Schulverwaltung (ASV) für die jeweiligen Schularten in die einzelnen Komponenten der verwendeten Formel auf (bitte die Formel angeben und nach den einzelnen Komponenten der Formel je Schulart aufschlüsseln), welche Komponenten werden bei der Berechnung des Gesamtbudgets bei Schulen in privater Trägerschaft im Vergleich zu staatlichen Schulen nicht anerkannt (bitte aufschlüsseln nach den nicht anerkannten Komponenten der Formel des Grundbudgets und nach den Budgetzuschlägen bzw. Budgetabschlägen, die bei staatlichen Schulen angesetzt werden, aber bei Schulen privater Trägerschaft nicht einbezogen werden, ggfs. nach staatlich anerkannt und staatlich genehmigt untergliedert) und welche Gründe werden angeführt, warum bestimmte Komponenten bei der Unterrichtsplanung der Schulen nach der ASV für Schulen in privater Trägerschaft nicht anerkannt werden?

Jürgen Mistol
(GRU)

Nach Berichten über die Insolvenz eines Unternehmens, das zur Umrüstung auf Digitalfunk beauftragt war, frage ich die Staatsregierung, wie viele Rettungszweckverbände bzw. Integrierte Leitstellen (ILS) im Freistaat Bayern von den Folgen der Insolvenz dieser Firma betroffen sind, ob sich dadurch der Termin für den Regelbetrieb verschoben hat und inwiefern dadurch gegebenenfalls Mehrkosten entstanden sind?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Handlungsempfehlungen zur Finanzierung und Berechnung der Frauenhausplätze ergeben sich (für die Staatsregierung, die Bezirksregierungen und für die Landkreise und kreisfreien Städte) aus der Studie des Instituts für empirische Soziologie an der Universität Erlangen-Nürnberg (ifes) zur „Bedarfsermittlung zum Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder in Bayern“, die das Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration in Auftrag gegeben hat und welche Anzahl an Unterkunftsplätzen, Personal- und Finanzbedarfe (bisher und künftig) ergeben sich für die einzelnen Kommunen daraus?

Alexander Muthmann
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, mit welchem finanziellen Aufwand hat sie die Bayerische Vertretung in Israel in den letzten fünf Jahren unterstützt (bitte aufgegliedert nach Kosten für Personal- und Sachaufwand)?

Thomas Mütze
(GRU)

Da der Bezirkstag Unterfranken am 18. Februar 2016 den Haushalt der unterfränkischen Kulturstiftung beschlossen hat, der auch eine Förderung der Julius-Echter-Ausstellung des Martin von Wagner Museums, Würzburg, beinhaltet, obwohl dieses Museum in der Würzburger Residenz zu den staatlichen Einrichtungen

zählt und sowohl die Verwaltung als auch die Regierung von Unterfranken sich gegen eine Förderung außerhalb der Richtlinien ausgesprochen hatte, frage ich in diesem Zusammenhang die Staatsregierung, ob es rechtens war außerhalb der selbst beschlossenen Förderrichtlinien finanzielle Mittel in Höhe von Euro 60.000 Euro für diese Ausstellung zu beschließen, was dafür spricht, gegen eine eindeutige Empfehlung der Bezirksverwaltung Mittel aus der Unterfränkischen Kulturstiftung hierfür zu entnehmen und wie die Staatsregierung dieses Vorgehen des unterfränkischen Bezirkstages gerade auch mit Blick auf alle anderen Antragstellenden die sich an die Förderrichtlinien halten müssen, bewertet?

Verena Osgyan
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr über die gewalttätigen Ausschreitungen gegenüber Pressevertreterinnen und -vertretern am Rande der AfD-Kundgebung in der Fürther Straße in Nürnberg am Sonntag, den 15. März 2016 vorliegen, gegen wie viele Personen im Rahmen der Ausschreitungen und zu welchen Tatbeständen ermittelt wird?

Prof. Dr. Michael Piazzolo
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, gibt es zum Projekt „Studienerfolg internationaler Studierender“ (Startschuss Mai 2015), das die Arbeitgeberverbände bayme vbm (Die bayerischen Metall- und Elektroarbeitgeber) und die vbw (Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V.) als Hauptsponsoren unterstützen, entsprechende Broschüren oder Leitfäden, die das Projekt vorstellen und die konzeptuelle Ausgestaltung erläutern, wenn ja, wie stellen sich die inhaltlichen Ausführungen des Projektkonzepts konkret dar (zum Beispiel Bewerbungsvoraussetzungen, Bewerbungsprozedere, Fördervergaberichtlinien, Mittelzuweisung, Höhe der möglichen Förderung, Projekt-Fördervolumen und der geförderte Maßnahmenkatalog) und welche Hochschulen in Bayern (Universitäten bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften) nehmen an diesem Projekt aktuell teil?

Bernhard Pohl
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ist die Vorhaltung eines Krankenhauses mit Grund-, Regel und Notfallversorgung am Standort eines (psychosomatischen) Bezirkskrankenhauses grundsätzlich notwendig, ist dies diesbezüglich an allen Bezirkskrankenhauses Standorten in Bayern derzeit der Fall und welche Folgen hätte es, falls sich kein somatisches Krankenhaus in vertretbarer Reichweite einer psychosomatischen Bezirksklinik befindet?

Florian Ritter
(SPD)

Da auf der Demonstration der AfD am 13. März 2016 in Nürnberg nach Angabe von Beobachtern eine Gruppe von einheitlich dunkel gekleideten Personen, die offensichtlich Ordner- und Sicherheitsfunktionen für die AfD wahrnahmen, ohne Ordnerbinden zu tragen, mit Handschuhen mit Protektoren bzw. sogenannten Quarzhandschuhen ausgestattet waren und einzelne Vermummungen ebenfalls bei dieser Personengruppe beobachtet werden konnten, frage ich die Staatsregierung, welche Kenntnisse die Sicherheitsbehörden über den Einsatz dieser Personengruppe durch die AfD hatten, wie sie das Fehlen der Ordnerbinden, das

Tragen von Handschuhen mit Protektoren bzw. sogenannten Quarzhandschuhen durch Ordner sowie die Vermummung von Ordnern im Einzelnen rechtlich bewertet und falls keine Strafanzeigen oder Feststellung von Ordnungswidrigkeiten entsprechend der einschlägigen Bestimmungen im Bayerischen Versammlungsgesetz vorgenommen wurden, warum dies nicht geschah?

Georg Rosenthal
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Würzburg – gerade in Zeiten der Digitalisierung – die medizinische Versorgung der Insassen noch immer ohne elektronisch erfasste Patientenakten erfolgt, welche eine effektivere Arbeit gestatten, medizinisch indizierter sind und der Kostenminimierung dienen, frage ich die Staatsregierung, bis wann sie gedenkt, in den bayerischen Justizvollzugsanstalten auf EDV-gestützte Patientenakten umzustellen (Auflistung nach JVA-Standort)?

Harry Scheuenstuhl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, auf welcher Grundlage wurden die 330 Städte und Gemeinden zur Ermittlung der Investitionskosten der letzten 20 Jahre als Basis für die Festlegung der Schwellenwerte im Rahmen der Neuregelung der Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas) durch das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz ermittelt und um welche Städte und Gemeinden, (bitte Einzelnennung unter Angabe der Einwohnerzahlen und Investitionskosten der letzten 20 Jahre) handelte es sich?

Franz Schindler
(SPD)

Angesichts von Pressemeldungen, dass Teile der Staatsregierung beabsichtigen, künftig im Landesentwicklungsplan (LEP) den Grundsatz festzuschreiben, dass beim Bau bzw. Ausbau von Freileitungen für Stromtrassen mit einer Spannung von mehr als 220 kv innerhalb von Ortschaften ein Mindestabstand zwischen einer Freileitung und der Wohnbebauung von 400 m und außerhalb von Ortschaften ein Mindestabstand zu Wohnhäusern von 200 m eingehalten werden soll, frage ich die Staatsregierung, ob es zutrifft, dass die Bezirksregierungen angewiesen worden sind, schon jetzt bei Raumordnungsverfahren die geplante neue Regelung zu berücksichtigen und falls ja, welche Auswirkungen dies auf das Raumordnungsverfahren für den Ausbau des sog. Ostbayernrings und die dort vorgeschlagenen Trassenvarianten im Stadtgebiet von Schwandorf hat und ob die Staatsregierung es für geboten hält, das Raumordnungsverfahren für den „Ostbayernring“ bis zur Verabschiedung der Änderung des LEP und die Festlegung einer Trasse für die geplante Gleichstrompassage von Sachsen-Anhalt nach Landshut auszusetzen?

Gabi Schmidt
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ob es stimmt, dass – wie von Trägern von „Fachstellen für pflegende Angehörige“ moniert – Abschlagszahlungen, die zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes nötig sind, mit monatelanger Verzögerung bei den Trägern eingehen, ob dies alle Träger der Fachstellen flächendeckend gleichermaßen betrifft und was die Gründe für die lange Bearbeitungszeit der entsprechenden Anträge beim Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) sind?

- Helga Schmitt-Bussinger**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie hoch waren die jeweiligen Mittel des Freistaats Bayern für seine Museen in den Bereichen Bau bzw. Ausbau, laufender Unterhalt und Personal in den letzten fünf Jahren (bitte je Museum und Bereich einzeln angeben)?
- Katharina Schulze**
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, wie sich in Bayern die Zahl der dem Landesamt für Verfassungsschutz bekannten Rechtsextremisten, die einen Waffenschein besitzen, in den letzten fünf Jahren entwickelt hat, wie oft das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz im Jahr 2015 die zuständigen Waffenbehörden über rechtsextremistische Betätigungen von Personen, die über eine waffenrechtliche Erlaubnis verfügen, informiert hat und in wie vielen dieser Fälle den betroffenen Rechtsextremisten im Anschluss an diese Information die Waffenscheine und die Schusswaffen durch die Waffenbehörden entzogen wurden?
- Gisela Sengl**
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Zulassungskriterien sind ausschlaggebend für Energieberaterinnen und -berater, die durch das Bundesprogramm zur Förderung von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in der Landwirtschaft und im Gartenbau gefördert werden, wie viele zugelassene Beraterinnen und Berater in Bayern gibt es, deren Beratung durch das Bundesprogramm gefördert wird und wie forciert die Staatsregierung die Teilnahme der Landwirtinnen und -wirte an diesem Programm?
- Kathrin Sonnenholzner**
(SPD) Nachdem das Bundesministerium für Gesundheit und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gemeinsam einen Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Pflegeberufe vorgelegt haben, frage ich Staatsregierung, ob sie für Berufsangehörige der Kinderkranken- oder Altenpflege die Möglichkeit einer Nachqualifizierung zur Pflegefachfrau bzw. zum Pflegefachmann sieht und für wie wichtig sie diese erachtet Möglichkeit?
- Rosi Steinberger**
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, welche Sicherheitsmängel in den tschechischen Atomkraftwerken Temelín und Dukovany sind ihr bekannt und welche Maßnahmen plant die Staatsregierung aufgrund dieser Erkenntnisse zum Schutz der bayerischen Bevölkerung?
- Florian Streibl**
(FREIE WÄHLER) Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen Fällen wurden im Bereich der einzelnen Staatsministerien und deren nachgeordneten Einrichtungen, Behörden und Unternehmen, die ganz oder mehrheitlich im Staatsbesitz sind, in den Jahren 2013 bis 2015 die dort jeweils eingesetzte Hard- bzw. Software aufgrund von Schadsoftware (Trojaner, Viren etc.) zeitweise oder ganz außer Gefecht gesetzt (bitte jeweiliger Einzelfall, Verursacher, entstandener Schaden, Aufwand für die Schulung der Beschäftigten zur Verhinderung entsprechender Schäden, Sach- und Personalaufwand für die IT-Sicherheit in den einzelnen Bereichen und Jahren)?
- Reinhold Strobl**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, denkt sie daran, aufgrund gehäufter Unfälle, wie der eines Lastkraftwagens, der auf einem Bahnübergang aufsetzte, weil dieser Bahnübergang nicht für Lkw geeignet

war oder der Unfall zweier älterer Damen, die ihren Pkw mitten in einen Wald steuerten und dann eine fünf Meter hohe Böschung hinabrutschten (sie mussten durch die Feuerwehr gerettet werden) – beide Unfälle und sicher noch viele weitere waren sogenannte Navi-Unfälle, also Unfälle, die sich aufgrund einer irreleitenden Navigation moderner Navigationsgeräte ereigneten –, entsprechende Aufklärungsinitiativen zu erarbeiten, um das blinde Einlassen auf die Navigationsgeräte zu vermeiden?

Martin Stümpfig
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen plant sie zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung auf dem Land, nachdem in mehreren Gebieten in Bayern eine Unterversorgung bzw. drohende Unterversorgung von der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) festgestellt wurde, mit welchen Kosten wäre eine Aufstockung der bayerischen Medizinstudienplätze um 10 Prozent verbunden und mit welcher Untergrenze im Kostenrahmen ist bei jedem einzelnen zusätzlichen Medizinstudienplatz zu rechnen?

Arif Taşdelen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Verbände, Organisationen u.ä. werden im Rahmen der Verbandsanhörung der Staatsregierung zu ihrem Gesetzentwurf eines Bayerischen Integrationsgesetzes angehört und von welchen Verbänden, Organisationen u.ä. liegen der Staatsregierung zu dem Gesetzentwurf bereits Stellungnahmen vor?

Dr. Karl Vetter
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, aufgrund welcher Merkmale gilt eine Straße als erstmalig technisch hergestellt (bitte inklusive der Begründungen des novellierten Kommunalabgabengesetzes – KAG – und ggf. bautechnischer Definitionen) und welche Kriterien wurden hierzu insbesondere im Bereich der Rechtsprechung angeführt (bitte unter Angabe von konkreten Beispielen)?

Ruth Waldmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Resturlaub bzw. Überstunden sind bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Beamte und Angestellte) des Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (StMAS) im Arbeitsbereich Asyl in den Jahren 2014 und 2015 aufgelaufen und ggf. verfallen, wie viel Resturlaub bzw. Arbeitszeitguthaben von mehr als 100 Stunden drohen zum 31. Mai 2016 zu verfallen und mit welchen Maßnahmen stellt das StMAS als Arbeitgeber in der Praxis tatsächlich sicher, dass der Ausgleich von Überstunden und Resturlaub rechtzeitig gewährt wird oder andernfalls Ausgleichszahlungen erfolgen?

Margit Wild
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Möglichkeiten gibt es, den Flüchtlingen und Asylbewerberinnen bzw. -bewerbern in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften rechtssicher (Gefahr von Abmahnungen etc.) WLAN zur Verfügung zu stellen?

Isabell Zacharias
(SPD)

Da die Verhandlungen zur Fortführung des Semestertickets zwischen dem Studentenwerk München, dem Arbeitskreis Mobilität der Münchner Studierendenvertretungen und den Münchner Ver-

kehrsunternehmen S-Bahn München, Bayerische Oberlandbahn und Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) sowie dem Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) stagnieren, die weitere Verzögerung schwerwiegende Folgen hat und die Gebührenerhebung oder gar das Scheitern der Verhandlungen einem Armutszeugnis gleich kämen, frage ich die Staatsregierung, wie bewertet sie die Situation, liegt ihr die entsprechende Marktforschungsstudie – auf der die Preisgestaltung basieren sollte – vor und wird sie die ihr möglichen Maßnahmen zur Lösung des Problems ergreifen?